

Eilverfahren gegen die IHK

Kritiker fordern Austritt aus dem Dachverband – Kammer prüft

VON NICOLE SCHIPPERS

Kassel – Der Kasseler Kaufmann Robert Aschoff klagt gegen die Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel-Marburg, um sie zum Austritt aus dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) zu zwingen. Der Dachverband gilt als einer der wichtigsten Wirtschaftsverbände Deutschlands. Ein entsprechender Eilantrag gegen die IHK ist beim Verwaltungsgericht Kassel gestellt worden. Auch für die Kammern München, Stuttgart, Köln und Bielefeld liegen Verwaltungsgerichten entsprechende Eilanträge von Klägern vor, die den Austritt ihrer IHK aus dem DIHK erzwingen wollen.

Hintergrund ist die auch als „Maulkorb-Urteil“ bezeichnete Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig vom Oktober dieses Jahres. Die Richter gaben einem Münsteraner Unternehmer aus der Windenergie-Branche recht. Er hatte den Austritt seiner IHK Nord Westfalen aus dem DIHK verlangt, weil sich Vertreter der Spitzenorganisation mehrfach zu allgemeinen politischen Themen geäußert hätten, beispielsweise zu Klima- und umweltpolitischen Themen. Der klagende Unternehmer kritisierte die Äußerungen als politisch einseitig und kompetenzüberschreitend. Da er selbst zur Kammermitgliedschaft verpflichtet ist, verlangte er stattdessen den



Gegen die Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg ist ein Eilverfahren angestrengt worden, das sie zum Austritt aus dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag zwingen soll.

ARCHIVFOTO: ANDREAS FISCHER

Austritt seiner Kammer aus dem DIHK. Unterstützt wurde er dabei von dem kammerkritischen Bundesverband für freie Kammern (BfFK), der sich für eine Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft in den IHKs starkmacht.

Fünf seiner Mitglieder haben nun die Eilverfahren gegen die Kammern in Kassel, München, Stuttgart, Köln und Bielefeld angestrengt, um auch sie zum Austritt aus dem DIHK zu zwingen. Da der Dachverband bis heute

nach dem Leipziger Urteil weder Einsicht gezeigt noch Richtigstellungen veröffentlicht habe, sähen die Kläger weiter akute Wiederholungsgefahr, heißt es zur Begründung in einer Pressemitteilung des Verbandes. Sein Versprechen, vorerst auf jegliche Pressearbeit zu verzichten, habe der DIHK gebrochen. „Ein DIHK, der für vergangene Verstöße keine Einsicht zeigt, der auch nach 13-jährigen Gerichtsverfahren der Öffentlichkeit und den eige-

nen Mitgliedern Versprechen macht, die er offenkundig nie halten wollte, ist nicht vertrauenswürdig“, erklärt der Kasseler Unternehmer und Kammerkritiker Kai Boedinghaus, der auch Geschäftsführer des BfFK ist. Er koordinierte die Eilverfahren bundesweit.

Die IHK Kassel-Marburg bestätigt den Eingang des Eilantrags zum Austritt aus dem DIHK. „Wir werden den Antrag rechtlich prüfen und entsprechend darauf reagieren“,

teilt sie mit und betont die Bedeutung des Dachverbandes für die Kammern. „Der DIHK bündelt für die IHKs die Interessenvertretung in Berlin und Brüssel. Ohne diese Bündelung durch den DIHK ist eine effiziente Wahrnehmung der Interessen nicht möglich“, heißt es in einer Stellungnahme. Ebenfalls unerlässlich sei der Dachverband als Koordinator des weltweit einzigartigen Netzes der Auslandshandelskammern.